EPD 555 11.03.2009 15:50:31

Medien/Medienpolitik/Tagungen/ZF

VORRANG**POLITIK**

Baden-württembergischer Medienminister fordert neues Konzentrationsrecht - Landesmedienanstalten sorgen sich um Zukunft der Privatsender - (Zusammenfassung - neu: Schröder, Doetz)

Berlin (epd). Der baden-württembergische Medienminister Wolfgang Reinhart (CDU) hat ein neues Gesetz zur Medienkonzentration gefordert. «Die derzeitigen Ausgangsprämissen tragen nicht mehr vorbehaltlos. Sie müssen deshalb überarbeitet werden», sagte der Minister am Mittwoch in Berlin bei einem Symposium der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) zu Überlebensstrategien für das private Fernsehen. Der DLM-Vorsitzende Thomas Langheinrich warnte angesichts der wirtschaftlichen Krise davor, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu stark werden könnten.

Bei der Prüfung, ob Medienunternehmen fusionieren dürfen, solle nicht nur wie bisher die Einschaltquote oder Auflage berücksichtigt werden, sondern künftig auch die Reichweite der Medien im Internet eingezogen werden, sagte Reinhart. «Das Medienkonzentrationsrecht muss transparenter und damit voraussehbarer werden», forderte der Minister.

Der DLM-Vorsitzende Langheinrich warnte vor einer Schieflage im sogenannten dualen System der Rundfunksender: «In Zeiten der Krise

droht der öffentlich-rechtliche Rundfunk stärker zu werden als die Privaten», sagte er. Er warnte die privaten Medienkonzerne zugleich davor, an der Programmqualität zu sparen. «Auch die privaten Sender müssen einen publizistischen Mehrwert liefern. Ich rate deshalb dazu, im Sinne eines Vollprogramms nicht an den Inhalten zu sparen», sagte Langheinrich.

Der DLM-Vorsitzende sagte, die Krise könne auch «ein Katalysator» sein. Um aus der Krise gestärkt hervorzugehen, müssten die Sender in der Lage sein, mehr Geld in neue Technologien wie die Verbreitung von TV-Inhalten über das Internet zu investieren. «Die Herausforderungen, die die Konvergenz an die Sender stellen, verlangen Investitionen», sagte er.

Der Geschäftsführer von RTL-Interactive, Marc Schröder, sagte in Berlin, seine Sendergruppe verzeichne im Internet erhebliche Abrufe ihrer Programme. Allein auf den Seiten von RTL würden monatlich zwischen elf und zwölf Millionen Videos abgerufen. «Das ist inzwischen eine signifikante Größenordnung», sagte Schröder. Die Abrufe von Beiträgen und Sendungen im Internet werden derzeit nicht bei den von der GfK erhobenen Fernseh-Einschaltquoten berücksichtigt.

Der Privatsenderverband VPRT sprach sich anlässlich der Konferenz gegen weitere Einschränkungen und Verbote für Werbung aus. VPRT-Präsident Jürgen Doetz sagte, die Privatsender könnten nicht

akzeptieren, «dass die Bundesrepublik auf der einen Seite Gelder in Milliardenhöhe an notleidende Wirtschaftsbereiche verteilt und auf der anderen Seite Innovations- und Wachstumschancen durch unverhältnismäßige Regulierung zunichte gemacht werden».

Doetz kritisierte insbesondere Überlegungen zu einem Verbot für Alkoholwerbung im Fernsehen in der Zeit vor 20 Uhr. Die private Medienwirtschaft brauche «keinen Rettungsschirm, wohl aber eine liberale und kongruente Medienordnung». Er erneuerte die Forderung seines Verbandes, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk werbefrei zu halten. ARD und ZDF seien nicht auf Werbung angewiesen, sagte der VPRT-Präsident.

epd dan/dir kfr□111550 Mrz 09

□